

## **Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik**

### **Aufgaben**

- 1 Fassen Sie den Text zusammen. (Material)  
(25 BE)
- 2 Stellen Sie die im Text präferierte angebotsorientierte Wirtschaftspolitik der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gegenüber.  
(30 BE)
- 3 Erläutern Sie Standortfaktoren, die Deutschland als Wirtschaftsstandort kennzeichnen.  
(20 BE)
- 4 Setzen Sie sich mit den wesentlichen wirtschaftspolitischen Forderungen der Autoren auseinander. (Material)  
(25 BE)

**Material****Lars P. Feld, Christoph M. Schmidt und Volker Wieland: Angebotsorientierte Finanzpolitik heißt das Gebot der Stunde (2022)**

[...] Die deutsche Wirtschaft steckt in einer beklagenswerten Phase aus niedrigem Wachstum und hoher Inflation. Wie tief die für dieses Winterhalbjahr erwartete Rezession ausfallen wird, ist ungewiss. Die vorliegenden Prognosen legen überwiegend eine moderate Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für 2023 nahe. Allerdings ist die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland schon länger erlahmt. Die Wirtschaftsleistung lag zuletzt gerade einmal auf dem Wert vor der Corona-Krise. Die Industrieproduktion befand sich sogar fast 10 Prozent unter dem Niveau von 2017. Im internationalen Vergleich ist Deutschland damit weiter zurückgefallen.

Das muss nicht verwundern: Die Corona-Pandemie hatte nicht nur einen negativen Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sondern löste auch einen Einbruch des Angebots aus. Die geld- und fiskalpolitische Stützung der Nachfrage allein konnte keine nachhaltige wirtschaftliche Erholung herbeiführen. Denn das gesamtwirtschaftliche Angebot zog nicht nach – unter anderem wegen Lieferkettenschwierigkeiten und Rohstoffknappheiten.

In der Folge erhöhte sich die Inflation im Euroraum schon 2021 erheblich. Weltweit hat sich die Inflation infolge der Corona-Krise verschärft. Überhitzungstendenzen spielen eine wesentliche Rolle, weil die – nicht zuletzt durch staatliche Maßnahmen stabilisierte – Nachfrage das durch Störungen gedämpfte Angebot übersteigt. Hierzu haben die expansive Fiskalpolitik und eine expansive Geldpolitik, die mit Staatsanleihekäufen für günstige Finanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten sorgte, zu einem großen Teil beigetragen.

Zu alldem kam im Februar 2022 der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und damit eine Energiekrise hinzu, die als Brandbeschleuniger für die Inflation fungierte und die Angebotsseite der deutschen Volkswirtschaft besonders stark traf. Dies mündete in einer so hohen Inflation [...].

Die krisenhaften Zuspitzungen treffen die deutsche Wirtschaft in einem grundlegenden Strukturwandel. So ist allenthalben von Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität die Rede. Doch nicht nur die Erfordernisse des Klimaschutzes treiben die Unternehmen um. Zugleich droht sich der Arbeitskräftemangel in Teilarbeitsmärkten im Zuge des unaufhaltsamen demographischen Wandels auszuweiten und zu verschärfen. Zudem erzwingt die Digitalisierung Restrukturierungen, und die geostrategischen Herausforderungen erfordern eine stärkere Diversifikation. Beides wird nicht ohne höhere Kosten für Unternehmen zu haben sein.

Diese stagflationäre Konstellation – schwaches Wachstum bei hoher Inflation im Strukturwandel – erinnert bei allen Unterschieden stark an die Siebzigerjahre. [...]

Was sollte die Wirtschaftspolitik tun? [...] An allererster Stelle steht die entschiedene Bekämpfung der Inflation. Die Notenbanken, nicht zuletzt die Europäische Zentralbank (EZB), müssen mit einer deutlich restriktiveren Geldpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage senken und dafür sorgen, dass die Inflationserwartungen zügig wieder auf ein Niveau sinken, das mit dem Ziel der Preisstabilität in Einklang steht. Auf diese Weise kann die Geldpolitik den unmittelbaren Inflationsdruck ebenso mindern wie das Ausmaß an Zweitrundeneffekten<sup>1</sup>, die sich über Lohnerhöhungen und darauffolgende weitere Preissteigerungen ergeben könnten.

[...] Die Fiskalpolitik steht in dieser Lage vor einer heiklen Gratwanderung. Sie darf nicht expansiv und nachfrageorientiert sein, weil sie dadurch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage über dem Angebot hält und somit inflationstreibend wirkt. Die Annahme, der Staat könne die Bürger für den mit der

<sup>1</sup> Zweitrundeneffekte – Preiserhöhungen als Reaktion auf vorangegangene Kostensteigerungen

Inflation verbundenen Wohlstandsverlust vollständig entschädigen, ist verfehlt. Finanzpolitische Maßnahmen können nur punktuell dort für Entlastungen sorgen, wo bestimmte Teile der Bevölkerung die starken Preissteigerungen, zum Beispiel der Energie, nicht verkraften. Darüber hinaus wird eine vernünftige Finanzpolitik angebotsorientiert sein, also darauf abzielen, das gesamtwirtschaftliche Angebot an Produkten und Dienstleistungen zu erhöhen. Nicht vernünftig wäre es hingegen, das aktuell schon gestörte Angebot weiter zu schmälern. [...]

Die deutsche Wirtschaft lebt von der Einbindung in internationale Wertschöpfungsketten. Die Handelspolitik muss daher auf neue Abkommen zielen. Nach der jüngsten Ratifikation<sup>2</sup> von CETA<sup>3</sup>, dem EU-Freihandelsabkommen mit Kanada, wäre es sinnvoll, das schon ausverhandelte Abkommen mit den lateinamerikanischen Mercosur-Staaten<sup>4</sup> in Kraft zu setzen. Darüber hinaus braucht der Standort Deutschland eine kritische Bestandsaufnahme investitionshemmender gesetzlicher Vorgaben. Genehmigungsverfahren lassen sich nur beschleunigen, wenn hemmende Vorschriften der verschiedenen Regulierungsfelder abgebaut werden.

Der Finanzpolitik kommt angebotspolitisch jedoch eine Schlüsselrolle zu. Ihr kann es am ehesten gelingen, den durch steigende Energiepreise verschärften Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland zumindest zum Teil auszugleichen. Die Finanzpolitik muss dafür sorgen, dass es sich lohnt, in Deutschland zu arbeiten, zu investieren und Risiken zu übernehmen. Hier ist zuallererst die Steuerpolitik gefragt. In Deutschland sind Arbeitseinkommen nach den Angaben der Industrieländerorganisation OECD<sup>5</sup> im Durchschnitt mit am höchsten durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge belastet – zusammen mit Belgien und Österreich.

Auch was die Belastung mit Unternehmenssteuern angeht, befindet sich Deutschland in der Spitzengruppe der OECD-Staaten [...] für die effektiven Durchschnittssteuersätze, denen sich Unternehmen bei ihren Standortentscheidungen gegenüber sehen. Diese sind nicht nur ausschlaggebend für neue Produktionsstätten auf der grünen Wiese, sondern auch für die Wahl des Landes, in dem Erweiterungsinvestitionen stattfinden.

[...] Die Staatsschuldenquote liegt seit 2020 knapp unter 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und wird auch 2023 voraussichtlich kaum darüber hinaus steigen. Die Staatsverschuldung ist damit deutlich niedriger, als sie 2010 mit gut 82 Prozent war. Die Konsolidierung um 20 Prozentpunkte bis zum Vorabend der Corona-Krise war ohne Steuererhöhungen möglich. Dies dürfte sich bei einer nun niedrigeren Staatsschuldenquote ebenfalls erreichen lassen. [...]

Lars P. Feld, Christoph M. Schmidt, Volker Wieland: Angebotsorientierte Finanzpolitik heißt das Gebot der Stunde, 09.12.2022, Zwischenüberschriften getilgt, URL: [https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/angebotsorientierte-finanzpolitik-als-gebot-der-stunde-18520352.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/angebotsorientierte-finanzpolitik-als-gebot-der-stunde-18520352.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) (abgerufen am 09.12.2022).

### Hinweis

Lars P. Feld, Christoph M. Schmidt und Volker Wieland sind ehemalige Mitglieder des Sachverständigenrates der Wirtschaftsweisen.

<sup>2</sup> Ratifikation – Die völkerrechtlich verbindliche Unterzeichnung eines internationalen Vertrags durch das Oberhaupt eines Staates, nachdem die jeweils zuständige gesetzgebende Gewalt zugestimmt hat.

<sup>3</sup> CETA – ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada

<sup>4</sup> Mercosur-Staaten – ein regionales Wirtschaftsabkommen der fünf südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und Venezuela

<sup>5</sup> OECD – Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist eine internationale Organisation mit 38 Mitgliedstaaten, die sich der Demokratie und Marktwirtschaft verpflichtet fühlen.